Sachsen serviert seine Beamtinnen und Beamten ab

Autor: Sabine Friedel
Datum: 17.01.2014

Thema: Öffentlicher Dienst

Sabine Friedel, innen- und rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, erklärt anlässlich der heutigen Presseerklärung des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen:

Friedel: Sachsen serviert seine Beamtinnen und Beamten ab

Staatsregierung provoziert Klagewelle an Sachsens Verwaltungsgerichten

„Selten gingen Worte und Taten so weit auseinander wie bei dieser sächsischen Regierung: Sie spricht davon, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Doch mit jeder Entscheidung zeigt sie erneut: Die Beamtinnen und Beamten sind ihr egal. Für Tillich, Unland und Co. sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freistaates lediglich Kostenstellen und keine Menschen. 11.000 Beamtinnen und Beamten legen Widerspruch gegen ihre Behandlung ein. Und die Staatsregierung wischt diese Widersprüche einfach weg. Dabei hat sie eine Fürsorgepflicht gegenüber diesen Frauen und Männern, die im Dienste des Freistaates stehen.

Die Kette der Verachtung wird immer länger: CDU und FDP strichen die Sonderzahlung, sie verwehrten die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tariferhöhungen und sorgen seit Jahren mit einem überzogenen Stellenabbau für Frust und Demotivation. Unter diesem Kahlschlag und der personellen Misswirtschaft leiden nicht nur die Beschäftigten. Auch die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen bekommen die Auswirkungen zu spüren. Denn eine überlastete und demotivierte Polizei, Verwaltung und Justiz können der Gesellschaft bei aller Leistungsbereitschaft nicht mehr dienen.

Beschämend an dem Verhalten der Staatsregierung ist, dass sich die Beschäftigten ihre Rechte nun vor Gericht erstreiten müssen. Beschämend ist, dass sich das Finanzministerium weigert, Musterklagen zuzulassen. Denn nun ist jeder Einzelne der 11.000 Betroffenen dazu gezwungen, gegen seinen Dienstherrn zu klagen. Jeder muss die Gerichtskosten von ca. 450 Euro vorschießen, wenn er seine Ansprüche nicht verwirken will. Und beschämend ist nicht zuletzt, dass diese erzwungenen Verfahren die bereits jetzt überlastete Verwaltungsgerichtsbarkeit lahmlegen werden.

Der Freistaat Sachsen verhält sich als Arbeitgeber in einem Maße unanständig, wie es wohl nicht einmal windige Unternehmer tun würden. Das ist nicht zuletzt beschämend für ein Land, in dem Wirtschaft und Handwerk ein wesentliches Rückgrat für den Erfolg darstellen.“

Setzen Sie ein Lesezeichen dieser Seite bei folgenden Bookmarkdiensten:

Press-ID: 14-1287